

Bildungsberatung – quo vadis?

wbv-Fachtagung beleuchtet das Feld und wirft viele Fragen auf

Mit »Perspektive Bildungsberatung – Chancen für Weiterbildung und Beschäftigung« hat die 5. wbv-Fachtagung, die Ende Oktober 2008 in dem ansprechenden Ambiente der VHS Bielefeld stattfand, eines der bildungspolitischen Mega-Themen auf die Agenda gesetzt. Die Nachfrage aus der Praxis, aber auch aus Politik und Wissenschaft war entsprechend groß, so dass die Veranstaltung mit insgesamt rund 250 Teilnehmenden ausgebucht war.

Entlang der Leitfragen »Was leistet professionelle Beratung?« und »Wer bietet sie an und wer bezahlt sie?« ging es zwei Tage lang um aktuelle und zukünftige Anforderungen an Bildungsberatung im Kontext lebenslangen Lernens, um die Beleuchtung potenzieller Spannungsfelder und Entwicklungen. So wunderte es auch nicht, dass in den vielfältigen Beiträgen der Akteure und aus dem Kreis der Teilnehmenden zahlreiche Handlungsbedarfe auf verschiedenen politischen Ebenen, weitere Klärungs- und Entwicklungserfordernisse sowie Forschungsdesiderate formuliert wurden. Ob und wie dieser Input von Entscheidungsträgern aufgegriffen wird, bleibt zu beobachten.

Instruktive Einblicke in die Praxis von Bildungsberatung, ihren jeweiligen institutionellen Rahmen und ihre Finanzierung, die Qualifikationsprofile der Berater/innen, Qualitätsstandards, Aufgaben und Nutzergruppen gewährten dialogisch vorgestellte Beispiele – etwa aus der NRW-Bildungsscheckberatung, der Weiterbildungsberatung in Berliner Lernläden, privater Laufbahn- und Karriereberatung oder der ProfilPASS-Beratung. Überraschenderweise nicht vertreten war Bildungsberatung als originäre Aufgabe von Weiterbildungseinrichtungen.

In je drei parallelen Foren an beiden Veranstaltungstagen bestand die Mög-

lichkeit, vertiefend spezifischen Fragen nachzugehen. Qualifizierung für die Beratung, Beratung und Politik sowie Bildungsberatung in Unternehmen standen am ersten Tag auf dem Programm. In der zweiten Runde ging es um Geschäftsmodelle, Beratungsforschung und Transparenz im Bildungsmarkt sowie webgestützte Beratung.

Die zentrale Botschaft des Forums Beratung und Politik lautete: Deutschland braucht ein transparentes und vor allem kohärentes Beratungssystem. Dabei seien sowohl auf der Länderebene zwischen den relevanten Ressorts als auch länderübergreifend unter Einbezug des Bundes Abstimmungsprozesse politischer Entscheidungsträger erforderlich. Diese Botschaft korrespondierte mit den Anforderungen an ein öffentliches und frei zugängliches Beratungsangebot, die vom Nationalen Forum für Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung (nfb) formuliert und in der Veranstaltung von Bent Paulsen vorgestellt wurden.

Im Forum Beratungsforschung stellte Christiane Schiersmann Eckpunkte einer allgemeinen, explizit nicht nur auf Bildung und Beruf bezogenen Beratungstheorie vor. Sie betonte mit Blick auf die Entwicklung von Kompetenzprofilen von Beratenden, dass sich Verwissenschaftlichung und Professionalisierung wechselseitig bedingten. Empirische Forschungsbedarfe sah sie

insbesondere bei der Analyse konkreter Beratungsprozesse und der Wirkungsforschung.

Den inhaltlichen Schlusspunkt der Tagung setzte ein Expertengespräch über Finanzierung und Support für Beratung mit Vertreter/inne/n aus Politik und Wissenschaft sowie des nfb.

Weitgehend einig waren sich die Beteiligten darin, dass Beratung möglichst präventiv und früh in der Bildungslaufbahn ansetzen, entsprechende Angebote an vorhandene Strukturen anknüpfen und stärker vernetzt werden sollten. Auch die noch bessere Nutzung bereits bestehender, zum Teil in anderen Systemen verankerter Finanzierungsinstrumente (z.B. für Arbeitslose, Tarifverträge, Lehrerfunktionen in der Schule) wurde angeregt. Konsens bestand zudem in Bezug auf ein besonderes öffentliches Engagement, inklusive der finanziellen Verant-

wortung für die Beratung bestimmter Zielgruppen wie Bildungsferne, Einkommensschwache und Arbeitslose. Kontrovers wurde dagegen die zentrale Frage diskutiert, inwieweit Bildungsberatungsangebote ausgebaut und generell für Interessierte kostenfrei zur Verfügung stehen sollten. Einerseits wurde eine solche niedrigschwellige Infrastruktur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge betrachtet, andererseits ein derartiges Angebot mit dem Hinweis, Beratung nicht (auch) nach dem Matthäus-Prinzip finanzieren zu wollen, abgelehnt.

Ingrid Ambos (DIE)

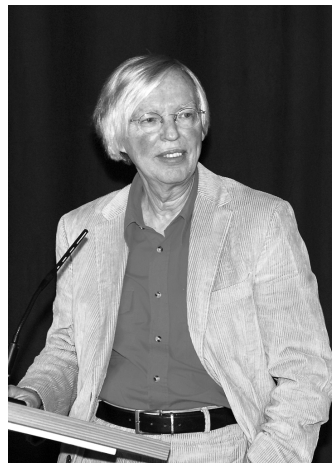


Foto: wbv

Bildungsberatung laufe zunehmend Gefahr, für externe Zwecksetzungen in Dienst genommen zu werden, warnte Prof. Jörg Knoll in seinem Impulsreferat. Beratung, verstanden als »Ermöglichungsraum«, sollte Ratsuchende eigentlich darin unterstützen, »ihr Eigenes zu finden«.